Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 65 (1974)

Heft: 21

Rubrik: Pressespiegel des VSE = Reflets de presse de l'UCS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nur unwesentlich verzögert. In den Fällen, in denen die Anlagen für die vorgeschriebene Inspektion speziell abgestellt werden müssen, liegt der erforderliche Betriebsunterbruch bei weniger als einer Woche.

Die AEC hat nie veranlasst, alle SWRs müssten stillgelegt werden. Beim einzigen Fall, wo es zu einer Leckage kam, wurde diese durch die Messinstrumente sofort entdeckt.

jours. Leur remise en service ne va être que peu retardée par cette inspection supplémentaire. Dans les cas où ces installations doivent spécialement être arrêtées à cause de l'inspection ordonnée, l'arrêt nécessaire sera inférieur à une semaine.

L'AEC n'a jamais demandé que tous les réacteurs à eau bouillante soient mis hors service. Le seul cas où une fuite a eu lieu a tout de suite été découvert au moyen d'instruments de mesure.

12. Kongress des Internationalen Komitees für Grosse Talsperren

In der Woche vom 29. März bis 2. April 1976 findet in der Stadt Mexico der 12. Kongress des Internationalen Komitees für Grosse Talsperren statt, welchem auch das nationale Komitee der Schweiz angeschlossen ist. Die nationalen Komitees werden sich an ihrer Versammlung mit verschiedenen die Talsperren betreffenden Fragen befassen:

- Probleme, die sich durch den Bau von Erddämmen ergeben
- Studien zur Bestimmung des Standorts und des Typs von Staudämmen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse
- Untersuchungen über Leckwasser und Drainage
- Einflüsse verschiedener Umweltbedingungen

Anschliessend an den Kongress besteht die Gelegenheit der Besichtigung verschiedener Stauanlagen. *Rd*

XIIe Congrès international des grands-barrages

Le XIIe Congrès de la Commission internationale des grands-barrages se tiendra à Mexico du 29 mars au 2 avril 1976. Au congrès, les comités nationaux de la CIGB traiteront les questions suivantes:

- problèmes posés par les barrages en remblais de type spécial,
- études préliminaires d'aménagements de barrages,
- la recherche des fuites et le drainage des barrages, et leur fondation,
- les effets de quelques facteurs d'environnement sur les barrages et les retenues.

A partir du 3 avril 1976, des tournées d'études seront réalisées comprenant la visite de plusieurs barrages. *Rd*

Pressespiegel des VSE – Reflets de presse de l'UCS

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Pressestimmen zur VSE-Generalversammlung

Reflets de presse sur l'Assemblée générale de l'UCS

Liebe Leser,

Nach der schlecht geratenen Einsetzung der Gesamtenergiekonzeptions-Kommission durfte man auf die weiteren «Gehversuche» des ehemaligen Solothurner Regierungsrates Willi Ritschard als Bundesrat gespannt sein. Vor allem erwartete man mit Interesse seine erste energiepolitische Rede. Nun ist diese Rede am Samstag in Olten gehalten worden, und es lässt sich voraussagen, dass sie neben viel Anerkennung auch gewichtige Kritiker finden wird. Der eigenwillige Magistrat hat zu einem sehr brisanten Thema manches deutlich gesagt.

Aber die Tonlage war, wie mir scheint, ausgesprochen gut. Noch vor einiger Zeit hatten die Gegner des Kernkraftwerkes Olten-Gösgen den Solothurner Regierungsrat Ritschard scharf bekämpft und seinen Rücktritt gefordert. Heute unterbreitet uns der damals als Elektrizitätswerkvertreter Angegriffene in der Stellung des Leiters unserer Energiepolitik eine Grundhaltung, die sich wahrhaftig vertreten lässt. Vor allem macht uns Eindruck, dass hier das Problem der Sicherheit von Kernkraftwerken als Problem akzeptiert wird und dass nicht im voraus jeder, der sich skeptisch äussert, ähnlich wie beim Thema Armee als Verräter an Staat und Gesellschaft hingestellt wird. Ehrliche Besorgnis trägt nicht immer nur einen amtlichen Stempel. Ritschard ist bereit, die Bedenken der Kritiker ernst zu nehmen: «Die langfristige Energieversorgung durch Kernspaltung könnte ‚ein faustischer Pakt' werden», sagte er in Olten. Und das dürfte zu einem wesentlichen Punkt der Auseinandersetzungen hinführen: Jene Leute, die Kernkraftwerke bauen wollen und müssen, sprechen allzuviel von der Ungefährlichkeit der Atomenergie, und dabei weiss jeder denkende Mensch, dass es ungefährliche Energie sowieso nicht gibt. Kernenergie ist nicht ungefährlich. Die Frage ist bloss, ob man bereit ist, das hier besonders hohe Risiko auf sich zu nehmen. Ritschard sagte es so: «Es wird uns wohl nichts anderes übrigbleiben, als unseren Energiebedarf einige Jahrzehnte durch Kernspaltung zu decken.» Einige Jahrzehnte! Langfristig bleibe aber die Nutzung der Sonnenenergie als die wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich einzig mögliche Form der Energieversorgung.

Dieses offizielle Einverständnis, Kernkraftwerke «für einige Zeit» zu bauen, kann nur eines bedeuten: Die Öffentlichkeit muss in dieser Sache hellhörig bleiben. Zwar wird es faktisch so sein, dass wir hundertprozentig auf die Sicherheitsbehörden angewiesen sein werden; blindes Vertrauen wäre aber gefährlich. Es muss uns interessieren, mit welchem Nachdruck die Forschung nach sauberer Energie, zum Beispiel nach Sonnenenergie, vorangetrieben wird; es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn die Mittel nur dem Kernkraftwerkbau reserviert bleiben. Es hat uns überdies misstrauisch zu stimmen, wenn der Abteilung für die Sicherheit von Atomanlagen nur acht Fachleute und Wissenschafter zur Verfügung stehen, wo sie doch sechzig brauchte.

Und es wird schliesslich vor allem darauf zu achten sein, ob Bundesrat Ritschards Deklaration, vor der Alternative «Sicherheit oder Stromknappheit» werde er ohne Bedenken für die Sicherheit optieren, vor der Wirklichkeit des politischen Alltags standhält. Eine Alternative darf es hier tatsächlich nicht geben.

Hans Tschäni

«Tages-Anzeiger», Zürich, 10. September 1974

Bravo, Herr Bundesrat!

Zwar hat Bundesrat Willi Ritschard in seiner bemerkenswerten Rede, die er am letzten Samstag vor dem Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke gehalten hat, auch den grundsätzlichen Gegnern des Baues von Kernkraftwerken einige Seitenhiebe verpasst; aber sie sind geradezu harmlos im Vergleich zu den Wahrheiten und Tatsachen die er den enragierten Befürwortern aufgetischt hat: Mit der Verharmlosung möglicher Spätfolgen, etwa durch die langen Halbwertzeiten von Plutonium, geht der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschafts-

departementes gar nicht einig. Ausdrücklich warnt er vor einem «faustischen Pakt», und nachhaltig ruft er die Elektrizitätswirtschaft auf, sich auf die unter ökologisch verantwortbaren Formen der Energieerzeugung einzustellen und durch eigene Forschungsaufwendungen die Beschreitung dieses Weges zu sichern.

Bezüglich der Sicherheit der konventionellen Kernkraftwerke hat Willi Ritschard ebenfalls Dinge gesagt, die seinem Auditorium wohl kaum angenehm in den Ohren geklungen haben dürften. Allein wegen des Mangels an ausgebildetem Personal ist die Kontrolle der Sicherheit dieser Anlagen nicht voll gewährleistet. Für die Überwachung der drei bestehenden und der drei im Bau befindlichen Werke wären sechzig Fachleute des Bundes nötig, aber nur acht stehen zur Verfügung! Verständlich, dass Ritschard der Sicherheit die Priorität gibt und ihretwegen selbst eine vorübergehende Teilarbeitslosigkeit in Kauf nähme. Und die Konsequenz aus dieser Situation: Dem Drängen der Elektrizitätswirtschaft, das Bewilligungsverfahren für die Konzessionierung weiterer Werke zu beschleunigen, wird nicht stattgegeben.

Mit dieser Stellungnahme hat Bundesrat Willi Ritschard einmal mehr aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und gleichzeitig auch sein hundertprozentig intaktes Demokratieverständnis bekundet. Er will nicht, dass die Mitbestimmung, die in diesem Bereich herrscht und von der Elektrowirtschaft als Hemmnis und Schikane empfunden wird, eine Einschränkung erfährt. Damit dürfte er auch solchen Vorstössen, wie sie etwa in einer aargauischen Standesinitiative zur Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes der Standortgemeinden unternommen werden, das Totenglöcklein geläutet haben.

Und noch etwas hat Willi Ritschard seinen Gastgebern unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben: Diejenigen, die vor dem Bau weiterer Kernkraftwerke warnen und die die Bedenkenlosigkeit und die Expansionssucht einzelner Exponenten der Elektrowirtschaft kritisieren, sind heute nötiger denn je. «Es ist ihre Aufgabe, uns die Entscheide nicht leicht zu machen, und wir haben das ernst zu nehmen!»

Bravo, Herr Bundesrat! Mit Ihrer Offenheit und Freimütigkeit, mit Ihrem Sinn für Proportionen und mit Ihrer vollen Anerkennung demokratischer Grundsätze leisten Sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung hängiger Ausmarchungen, sondern Sie tragen auch dazu bei, dass die überspitzte Wahrnehmung von Sonderinteressen abgebaut wird. Diesen Rückbildungsprozess haben wir nämlich dringend nötig; nur so wird das drohende Auseinanderbrechen unserer Volksgemeinschaft verhindert werden können. *Leo Schmid*

«Der Landbote», Winterthur, 10. September 1974

Pacte avec le diable

Ces temps, on fait passer des frissons dans le dos du Suisse moyen en lui parlant d'une possible pénurie de courant électrique. Et l'on se demande dans le public: cette menace est-elle sérieuse, ou veut-on nous convaincre de sacrifier l'«environnement» à la construction de centrales nucléaires?

Dans ce «contexte» – comme disent les journalistes de la nouvelle vague – le discours prononcé samedi à Olten par le conseiller fédéral Ritschard, à l'assemblée générale de l'Union des centrales suisses d'électricité, prend beaucoup de relief.

Devant cet auditoire de puissants manitous, le chef du Département de l'énergie a été... tout simplement énergique. Il a déclaré que le Conseil fédéral refuserait tout chantage au rationnement. Et s'il fallait choisir entre la sécurité, même accompagnée de pénurie et de chômage partiel, et une abondance de courant payée d'insécurité nucléaire, M. Ritschard, en tant qu'homme politique et co-responsable, choisira avec regret, mais sans hésitation, la sécurité.

Il y a deux risques principaux. Le premier, à terme, est le manque de personnel de contrôle. Pour six centrales, il faudrait soixante spécialistes et nous n'en avons qu'une quinzaine. Hâter les choses serait, dans ces conditions, jouer avec le feu.

Le second est celui des déchets radio-actifs, problème qui, dans le système en vigueur de la fission nucléaire, n'est toujours pas résolu. Là, M. Ritschard n'hésite pas à évoquer le pacte de Faust avec le diable. Si l'opposition aux centrales nucléaires, estime-t-il, est souvent partiale et injustifiée, en revanche les arguments techniques accumulés par les partisans pour prouver leur prétendue innocuité ne peuvent que renforcer la méfiance générale. Au demeurant, «je pense que nous n'avons jamais eu autant besoin – particulièrement dans ce domaine – de censeurs et de sceptiques. Quels que soient leurs motifs, ils nous contraignent à réfléchir mûrement à nos décisions et, pour cela, nous leur devons considération».

Quels que soient les dangers, M. Ritschard pense que, faute de mieux, la fission nucléaire devra couvrir nos besoins pendant plusieurs dizaines d'années encore... ce qui est faire bonne mesure au diable! Toutefois le «pacte», à son sens, ne doit être que provisoire, et il sied d'étudier autre chose: «A long terme, l'énergie de fusion et l'énergie solaire seront peut-être les seuls moyens économiques, écologiques et sociaux d'approvisionnement en énergie.»

Justement, il y a peu, le chef de l'Office fédéral de la science et de la recherche faisait remarquer qu'on avait consacré l'an dernier de nombreux millions de crédits officiels à la recherche sur la fission et une somme dérisoire à l'étude de l'énergie solaire. M. Ritschard s'insurge contre cette inégalité, ce qui est fort bien, et propose l'institution d'un fonds de recherche à financer par un relèvement du prix des fonds réservés jusqu'ici à la recherche sur la fission, puisque celle-ci n'aurait devant elle qu'un avenir relativement bref. *C. Bodinier*

«Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais», Sion, 18 septembre 1974

Ritschards «Faustischer Pakt»

e. n. Bundesrat Willi Ritschard hat am vergangenen Wochenende anlässlich der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke in Olten Worte gesagt, die für manch ein kompromisslos auf die Atomenergie eingeschworenes Ohr ketzerisch getönt haben mögen. Sie stehen in einem seltsamen Gegensatz zu all jenen Behauptungen und Beteuerungen über die Sicherheit, ja, geradezu päpstliche Unfehlbarkeit der Kernkraftwerke, wie sie in den letzten Monaten über das Mittel von Zeitungsartikeln auf uns niedergeprasselt sind.

«Kernenergie – Energie der Zukunft!» so und ähnlich lautete der Tenor bis jetzt. Namentlich dann, wenn es galt, im Volk Stimmung für den Bau eines weiteren Atomkraftwerkes zu machen. Der Chef des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, den künstlichen Mythos, der sich da rund um die schweizerischen Atomkraftwerke aufzustocken im Begriffe war, klarblickend zerstört zu haben. Die langfristige Energieversorgung durch Kernspaltung, so führte er in seiner magistralen Ansprache aus, könnte zu einem «faustischen Pakt» werden. Wer aus Goethes unsterblicher Dichtung weiss, wie Doktor Faust mit Mephistopheles, dem Teufel, paktierte, der ist bass erstaunt über den Mut von Bundesrat Ritschard, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Allerdings musste auch Ritschard einräumen: «Es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben (im Blick auf einen drohenden Energie-Engpass), als unseren Energiebedarf einige Jahrzehnte durch Kernspaltung zu decken. Aber langfristig wird die Nutzung der Fusions- und der Sonnenenergie vielleicht die einzige wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich mögliche Form der Energieversorgung sein.»

Bundesrat Ritschard schlug dem Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke die Äufnung eines Forschungsfonds vor, mit dem auf dem Gebiet der Nutzung von Sonnen- und Kernfusionsenergie ein Teilprogramm finanziert werden könnte. – Geradezu alarmierend sind seine Angaben über den Mangel an Sicherheitsfachleuten im schweizerischen Kernkraftwerkbau, die einem bisher noch von keiner Seite so offenherzig dargelegt wurden. Er wies darauf hin, dass im Ausland je Atomkraftwerk zehn Sicherheitsbeamte beschäftigt werden. Die Abteilung für die Sicherheit von Atomanlagen müsste also in der Schweiz bereits über 60 Wissenschafter verfügen. Statt dessen hätten wir bloss acht; weitere sieben kämen noch dazu vom Verein der Dampfkesselbesitzer.

Dies ist also das wahre Gesicht der bei jeder Gelegenheit so hochtrabend auffahrenden schweizerischen Sicherheitsvorschriften im Atomreaktorenbau! Was nützt es da, diese xmal schärfer als ausländische zu halten – wenn das wissenschaftliche Personal

zu ihrer Durchführung und Überwachung grösstenteils fehlt? Seit Monaten und Jahren hat man nun der schweizerischen Bevölkerung in dieser Hinsicht Sand in die Augen gestreut. Mahner, Warner wurden totgeschwiegen oder fertiggemacht. Bundesrat Ritschard dagegen: «Ich glaube, dass wir Kritiker und Warner – speziell auch in unseren Problemen – noch nie so nötig hatten wie heute. Aus welchen Motiven heraus sie auch argumentieren, es ist ihre Aufgabe, uns die Entscheide nicht leicht zu machen, und wir haben das ernst zu nehmen.»

Bundesrat Ritschards unkonforme Oltener Energieansprache setzt gewaltsam verschobene Perspektiven auf diesem Gebiet wiederum richtig. Gemäss einer intensiven Propaganda der letzten Zeit hätten wir Kernkraftwerke demnächst als himmlisches Manna bewillkommnen müssen. Nun aber, da der Star gestochen, wissen wir, was viele von uns schon immer ahnten: Mit der «sichersten» und «saubersten» Energie gehen wir einen Pakt mit dem Teufel ein. Es bleiben uns wohl nur die verschiedenen kantonalen Volksbegehren (Basel, Schaffhausen, Aargau, Zürich, Thurgau, St. Gallen), um endlich zu erreichen, dass sich die Versorgung mit elektrischer Energie nicht mehr nach einem überbordenden Verschleiss, sondern nach umweltgerechten Produktionsmöglichkeiten ausrichtet.

«Der Oberhasler», Meiringen, 13. September 1974

Pressestimmen zu einer allfälligen Stromrationierung

Reflets de presse sur un rationnement éventuel de l'électricité

Les entreprises d'électricité face au rationnement du courant

Selon l'Union des centrales suisses d'électricité (UCS), on ne peut pas encore prévoir actuellement, si le rationnement de l'énergie électrique sera nécessaire durant l'hiver prochain conformément à l'arrêté urgent que les Chambres fédérales seront appelées à voter lors de leur session de décembre. Il est en revanche évident que l'approvisionnement de notre pays en courant électrique demeurera précaire pendant les trois hivers à venir, en raison de l'opposition qui s'est manifestée de longues années durant contre la construction de nouveaux moyens de production. Cet approvisionnement est conditionné de façon déterminante par les cinq facteurs suivants:

1. *Le débit des cours d'eau et le remplissage* des bassins d'accumulation. Ce dernier dépend avant tout du volume de la fonte des neiges et des glaciers obtenu pendant les mois d'été. Le 9 septembre dernier, nos lacs d'accumulation n'étaient remplis qu'à 89 %, contre 95 % le même jour de l'année précédente.

2. *Le comportement des centrales thermiques en exploitation.* Ces installations sont d'une conception technique sensiblement plus compliquée et, partant, plus sujette à des dérangements que les centrales hydrauliques. Au cours du dernier semestre d'hiver, les quatre centrales de Vouvry, Beznau I, Beznau II et Mühleberg ont couvert environ le quart de nos besoins en électricité; toute défaillance de l'une de ces importantes installations de production aurait de graves incidences sur notre approvisionnement.

3. *L'évolution de la demande.* Au cours de l'année hydrologique 1972–1973, la consommation s'est accrue de 5,8 %; durant l'hiver 1973–74, malgré une température inhabituellement clémente et en dépit des appels à l'économie, l'augmentation a atteint 3,1 %.

4. *La disponibilité des autres agents énergétiques.* Il s'agit-là surtout du pétrole, qui couvre 80 % de nos besoins énergétiques globaux. Si le pétrole devait à nouveau se faire rare, la demande d'électricité pourrait, le cas échéant, sensiblement augmenter.

5. *Les échanges de courant avec l'étranger.* Depuis des années déjà, la Suisse doit couvrir ses déficits d'hiver en important du courant. Mais comme toute l'Europe suit avec peine la croissance des besoins, on ne peut guère compter sur la possibilité d'importer plus d'énergie électrique durant l'hiver prochain. Il faut même s'attendre à ce que les importations traditionnelles se trouvent réduites.

D'entente avec les autorités fédérales, l'UCS a déjà convenu d'un catalogue des mesures à prendre pour l'exécution pratique d'éventuelles restrictions. Ces mesures pourront être différenciées selon la cause des restrictions, selon l'importance de celles-ci, et selon l'état des disponibilités énergétiques aux diverses heures du jour. Elles pourront consister:

– en un contingentement de la consommation pour tous preneurs;

– en une interdiction de certains usages non indispensable et qui absorbent de surcroît beaucoup d'énergie;

– en une limitation de la consommation diurne (si les importations sont possibles durant la nuit);

– en des coupures de courte durée effectuées par quartiers ou régions.

Les entreprises électriques regrettent que leur soit confiée l'exécution pratique des restrictions au cas où ces dernières se révèleraient nécessaires. Elles s'efforceront néanmoins d'aider l'ensemble des consommateurs à observer, de façon aussi efficace et supportable que possible, les limitations qui pourront être prescrites par l'autorité fédérale.

«Le Fribourgeois», Bulle, 13 septembre 1974

Nebenbei bemerkt

m. Seit den Sommerferien ist fast Woche für Woche von Finanzklemmen, Preisaufschlägen, Defiziten, Projektverzögerungen, möglichen Einschränkungen und was der Hiobsposten mehr sind zu berichten. Die Alarmrufe nehmen kein Ende. Sie wiederholen sich in so kurzen Abständen, dass sie bald vergessen werden; Gewöhnung stumpft ab.

Trotz «bedrohlicher Wirtschaftslage» (Schweizerische Gewerbekammer) und «zerbrechlichen Wohlstands» (Bundesrat Chevallaz am Comptoir) fühlen sich die meisten wohl. Die Lohnbezüger vertrauen auf den Landesindex, der die Teuerungszulage auslöst, die Selbständigerwerbenden auf die Kundschaft, die die höheren Preise schon zahlen wird, und die Rentner bekommen den Dreizehnten.

Vielleicht spüren wir bereits kommenden Winter am eigenen Leibe, dass die Welt doch nicht mehr so in Ordnung ist, wie wir es gern hätten. Nachdem die Erdölkrise fürs erste überstanden ist, wird der Strom knapp. Der Bundesrat will sich vorsorglicherweise die Kompetenz geben lassen, den Elektrizitätsverbrauch zu rationieren. Und das im Land der weissen Kohle, wie die Schweiz in den Lesebüchern genannt wird. Die weisse Kohle reicht jedoch längst nicht mehr. Würden die Atomkraftwerke nicht heute schon 20 bis 25 % des Verbrauchs liefern, sässen wir in der Tinte. Es ist übrigens kein Fall bekannt, dass ein grundsätzlicher Gegner von Kernkraftwerken den Viertel oder Fünftel Atomstrom, den er zu Hause konsumiert, unter Protest zurückgewiesen hätte. Aber lassen wir das. Der Konsum steigt, besonders im Sektor Haushalt. Um ein früher angeführtes Beispiel zu wiederholen: Nach alt Bundesrat Bonvin wird die Umstellung sämtlicher Schwarzweiss-Fernsehapparate auf Farbgeräte, sobald sie einmal vollendet ist, zusätzlich die Leistung eines mittleren Atomkraftwerks verschlingen. Die Lage dürfte so lange prekär bleiben, bis die Werke Gösgen, Leibstadt und Kaiseraugst im Betrieb stehen (1980/81).

Jedermann weiss, wo sich Strom sparen liesse: prinzipiell beim «andern». Es käme vielen Bürgern sogar gelegen, könnten sie wie in der guten alten Zeit durch dunkle Strassen wandeln, ohne öffentliche, Reklame- und Weihnachtsbeleuchtung. Leider aber frisst diese Position nur einen einzigen Prozent vom Gesamtverbrauch, so dass sich Einschränkungen zwar gut machen, aber nicht viel helfen. Auch die Industrie wird seltsamerweise zu den «andern» gerechnet, obwohl die meisten dort direkt oder indirekt ihr Brot verdienen. Wer in einem Betrieb arbeitet, ermisst, was die zeitweilige Stillegung von Maschinen zu bedeuten hätte, werden doch die wenigsten von Wasserrädern getrieben. Schliesslich bleiben noch die «ganz anderen». Sie zählen nach Ansicht gewisser Leute überhaupt nicht, die 500 000 Ausländer etwa, die die dritte Überfremdungsinitiative an die Grenze stellen will. Sie brauchen zwar Strom, aber bei weitem nicht so viel, wie

die Industrie benötigte, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Betriebe noch stärker rationalisieren müsste.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Realistisch gesehen bleibt nur die Hoffnung auf einen verregneten Herbst, damit sich die Stauseen vor dem Wintereinbruch noch füllen, und auf das Entgegenkommen ausländischer Kraftwerke. Was Entgegenkommen in Franken und Rappen kostet, sollte nachgerade bekannt sein.

Eine Stromrationierung im Haushalt hätte meines bescheidenen Erachtens heilsame Folgen. Nirgends könnte sich das anspruchslose, folglich glückliche Leben, das von Lebensqualitätlern so kräftig empfohlen wird, schöner entfalten als zum trauten Schein einer 20-W-Birne.

«Allgemeiner Anzeiger Wächter am Rhein», Rheineck, 14. September 1974

Der bisher Sparsame ist der Dumme

Kaum waren die Anträge des Bundesrats zur Stromrationierung veröffentlicht, lag auch schon ein erster Kommentar vor: Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) meinte, dass zwar der Erlass der Massnahmen schon im kommenden Winter noch ungewiss erscheine, dass auf jeden Fall aber die Stromversorgung in den kommenden drei Wintern prekär sein werde, und das wegen der langjährigen Opposition gegen den Bau neuer Kraftwerkanlagen.

Der deutliche Vorwurf an die Adresse der Atomkraftwerkgegner ist dort berechtigt, wo die gleichen Kreise, die so vehement gegen den Kraftwerkausbau ins Feld gezogen sind, im Stromkonsum nicht entsprechende Zurückhaltung geübt haben. Es ist leicht, gute Ratschläge zu erteilen, sich selber aber über die Konsequenzen leichthin hinwegzusetzen.

Sonst aber ist offensichtlich der Sparsame wieder einmal der Dumme. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten einer praktisch durchführbaren Stromrationierung ist doch die im Vordergrund stehende Methode, jedem Bezüger – gleichgültig ob er mit der Elektrizität sorgsam oder verschwenderisch umgegangen ist – einen festen Prozentsatz der Bezüge in einer früheren Vergleichsperiode «abzuzwacken», im Grunde ungerecht. Der Bescheidene hat mit noch weniger als dem wenigen auszukommen, das er bisher verbraucht hat, während der andere, der sich reichlich mit Apparaten ausgestattet hat, beispielsweise nur seinen überflüssigen «Tumbler» abzuschalten braucht, um über genug Kochstrom zu verfügen.

Wie gesagt: es wird schwerhalten, eine einfachere Methode zu finden. Wo gespart werden kann, ist verschiedenen Broschüren zu entnehmen, etwa des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich. Danach kann am wenigsten Energie gespart werden beim Licht, relativ viel bei Motoren und sehr viel bei allen elektrisch betriebenen Wärme- und Kälteanlagen. Vielleicht kommen auch die Erfahrungen der Kriegszeit wieder zu Ehren, als mit «Turmkochen» und «Wärmekisten» Energie gespart wurde.

Vor allem aber dies: dass es so weit gekommen ist, daran tragen zuallererst die Elektrizitätswirtschafts-Manager höchstpersönlich die Schuld. Sie, die weitgehend halböffentliche Verwaltungen vertreten, hätten mit einer vernünftigeren Verbrauchslenkung der Krise zu einer Zeit noch vorbeugen können, als die Verbrauchssteigerung noch kein alarmierendes Ausmass angenommen hatte. Statt dessen haben sie den Konsum angefeuert. Der an die Atomkraftwerkgegner gerichtete Vorwurf ist in dieser Pauschalität höflich, aber bestimmt an den VSE zurückzuweisen.

Arnold Fisch

«Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 12. September 1974

L'énergie vitale

Dieu est mort, disait Nietzsche, considéré comme le philosophe de l'énergie. Ceux qui ont voulu en tirer des prolongements politiques implacables ont conduit leur «surhomme» aux désastres que l'on sait. Il a bien fallu en revenir à cette vérité éternelle de l'homme éphémère sur cette terre, de l'homme dépendant de la matière autant qu'il la domine. Mais cette dépendance de la matière, de l'énergie que l'on consomme est, sans doute, allée trop loin. La jeunesse l'a ressenti et manifesté fortement, de plusieurs manières. Toutefois on assiste maintenant, en Suisse par exemple, à la diffusion opaque, mal identifiable, d'un sentiment de peur, de méfiance, d'hostilité contre l'expansion économique, ce qu'elle produit et ce qu'elle consomme. Cette attitude, faite de méconnaissances et de contradictions, caractérise ceux qui s'opposent notamment aux centrales nucléaires. Il n'y a qu'à – peut-on entendre souvent – produire moins, vivre plus simplement, éliminer l'excès de consommation qui s'attache aux débauches de luxe que l'on ne voit que trop.

Il est vrai que la question de la sécurité est un élément essentiel au problème des centrales nucléaires et que l'on doit exiger le maximum de garanties. Mais pour le reste, il s'agit d'un faux choix. Le récent message du Conseil fédéral, qui demande une compétence pour rationner l'électricité, devrait le faire comprendre. Nous en sommes au point où même en utilisant toutes les sources d'énergie connues, en intensifiant l'utilisation de l'énergie nucléaire, en poussant les recherches pour les sources d'énergie de remplacement qui ne seront pas prêtes avant vingt ou trente ans, il faudra rationner la consommation. On pourra, et on devra s'attaquer à la consommation dispendieuse, tel l'excès ridicule de la climatisation dans les bureaux.

Mais les dernières investigations menées aux Etats-Unis ont démontré qu'en éliminant tout ce qu'on peut considérer comme superflu, on ne pouvait pas, raisonnablement éliminer plus de 18 % de la consommation. N'imaginons même pas tous les besoins nouveaux créés par les lois et arrêtés que la volonté des parlements et du peuple ont imposés: nous revenons ici en Suisse. N'évoquons même pas l'accroissement d'énergie qu'il faudrait à l'industrie pour limiter quelque peu les conséquences catastrophiques qu'aurait un succès de l'initiative de l'Action nationale. Il n'y a pas de doute: si on n'utilise pas toutes les sources d'énergie disponibles, si on ne cesse pas de dépendre autant du pétrole, la Suisse tombera vite dans une grave pénurie d'énergie qui affectera aussi bien l'industrie, l'ensemble de l'économie que chacun dans sa vie journalière.

Il faut donc bien voir la vérité en face, telle que la crise du pétrole l'a mise en évidence. Notre niveau de vie, nos réalisations sociales, enfin tout ce qui concerne les collectivités et les individus dans notre pays développé s'appuie sur une utilisation de l'énergie, domestiquée de mille façons. Celle-ci se fait plus rare. Il faut donc éviter les excès de consommation et rétablir une discipline qui redéfinisse les priorités. Cela est indispensable. Mais il est indispensable aussi de recourir à toutes les forces d'énergie disponibles. Rationnement et audace, discipline et imagination vont de pair.

On a dit et répété que l'homme perdait son âme à devenir trop matérialiste. Sans doute. Mais les extrêmes se touchent. Si les hommes en revenaient, dans un réflexe collectif de peur et de désabusement, à écarter la matière énergétique nécessaire, ils exprimeraient, par là-même, une perte de confiance en eux-mêmes, une démobilisation vitale peut-être irréversible. Pour l'occident, ce serait vraiment le bas-empire. On parlerait alors, probablement, de Dieu, un peu partout et à tout propos. Mais l'homme occidental, lui, serait mort, ou presque. Rationnement de l'électricité, controverses sur Verbois: il ne s'agit pas seulement d'un débat sur la matière, mais sur l'énergie vitale.

Jacques-Simon Eggly

«Journal de Genève», 16 septembre 1974

Mit Ehrfurcht und Vernunft

Auf die umfassend zu erarbeitenden Erkenntnisse der im Juli bestellten Expertenkommission für eine Gesamtenergiekonzeption wird man nicht warten können: Die Fachleute rechnen damit, bereits im kommenden Winter könnte der elektrische Strom hierzulande derart knapp werden, dass Rationierungsmassnahmen nicht zu vermeiden wären. Nicht überraschend hat sich daher nun der Bundesrat in seiner gestrigen Sitzung mit dem ersten Entwurf zu einem Dringlichkeitsbeschluss der eidgenössischen Räte befasst, mit welchem der Landesregierung entsprechende Kompetenzen verschafft werden sollen. Leider erweist sich auch in dieser wichtigen Frage das Notrecht einmal mehr als einzig gangbarer Weg: Es fehlt die verfassungsmässige Grundlage für eine aktive Energiepolitik des Bundes.

Ob und wann der befürchtete Engpass in der Stromversorgung eintritt, hängt von mancherlei Faktoren ab, die ausseror-

dentlich schwer zu beurteilen sind. So könnte sich beispielsweise der gegenwärtig im Vergleich zur gleichen Zeit im Vorjahr reduzierte Füllungsgrad unserer Stauseen im Spätsommer und Herbst noch verbessern. Ebenso offen sind die künftige Wasserführung der Flüsse, die Zunahme des Stromverbrauchs und die tatsächlichen Möglichkeiten der Einfuhr von Aushilfsenergie aus dem Ausland. Richtigerweise indessen wird seitens der Verwaltung nicht allzu optimistisch gerechnet und danach getrachtet, für alle Eventualitäten gewappnet zu sein.

Trügerisch jedenfalls wäre die Spekulation, es lasse sich der elektrische Strom relativ kurzfristig durch andere Energiequellen ersetzen. Helfen kann vielmehr nur noch eines: Es muss endlich und bewusst der bisherigen Stromverschwendung und insgesamt dem schlechterdings masslosen Energieverbrauch ein Ende gesetzt werden. Das in dieser Richtung zielende Manifest des Schweizerischen Bundes für Naturschutz hat mithin seine ganz spezielle Aktualität und Dringlichkeit erhalten!

Wir alle sind dazu aufgerufen, bei der Anwendung von Energie Ehrfurcht und Vernunft walten zu lassen. Was den elektrischen Strom anbetrifft, so wird ein wirksames Sparen vorab bei der zusätzlichen elektrischen Raumheizung sowie beim Betrieb privater Saunas und Schwimmbäder einzusetzen haben. Ins Gewicht fällt des weiteren die Zurückhaltung bei der Verwendung von Kühltruhen, Eisschränken und Waschautomaten, denn alle Elektrogeräte, die Wärme oder Kälte erzeugen, sind besonders gefrässige Stromverzehrer. Die für die Details der eventuellen Rationierung zuständige Kommission wird dieser Tatsache Rechnung tragen müssen, auch wenn das den Betroffenen höchst unlieb ist. H. P. Edel

«Tages-Nachrichten», Münsingen, 5. September 1974

Weisse Kohle wird rationiert

An jener Energie, mit der gegenwärtig energiepolitische Fragen diskutiert und behandelt werden, scheint es wahrlich nicht zu fehlen. Hätten sich die verantwortlichen Behörden – in erster Linie beim Bund – etwas früher so «energisch» betätigt, wäre wohl ihnen und den Energieverbrauchern mancher Ärger erspart geblieben.

Nachdem endlich konkret am gesamtschweizerischen Energiekonzept gearbeitet wird, will nun die Landesregierung mit der zuerst durch die Blume angekündigten Stromrationierung doch schneller, als manchenorts erwartet, ernst machen. An der gestrigen Bundesratssitzung legte der neue Energieminister, Ritschard, den Entwurf für einen dringlichen Bundesbeschluss vor, der den schönen Titel «Versorgung des Landes mit elektrischer Energie im Falle von Knappheit» trägt. Dieser «Fall» ist aber inzwischen bereits eingetreten. Jedenfalls verlautete gestern aus dem Bundeshaus, dass damit gerechnet werde, dass Rationierungsmassnahmen schon diesen Winter getroffen werden könnten.

Die rasche Verknappung der weissen Kohle, mit der in unserem rohstoffarmen Land noch bis vor kurzem geprahlt worden ist, kommt nicht von ungefähr. Auch die immer wieder angeführte Verzögerung beim Bau von Atomkraftwerken, welche sich bis heute noch nicht auswirken konnte, ist hierfür nicht verantwortlich.

Der angeblich so plötzlich auftretende Mangel an Elektrizität – noch vor wenigen Jahren wurden die Konsumenten behördlicherseits zum vermehrten Gebrauch elektrischen Stromes animiert! – ist eben das Ergebnis eines weitgehend ziel- und planlosen Wirtschaftens und eines ebenso unbedenklichen wie sorglosen Wachstums.

Insofern ist nicht zu wenig Strom vorhanden; vielmehr wird diese kostbar werdende Energiequelle zu oft und unnütz verwendet oder gar offen verschwendet, wie zum Beispiel bei den enorm Strom brauchenden Klimaanlagen in privaten Protz- und Prunkbauten. Natürlich sind an dieser unnötigen Verschwendung auch die einzelnen kleinen Stromverbraucher in den Haushaltungen, und nicht nur die Wirtschaft und Industrie, beteiligt. Bei den ausserordentlich grossen Unterschieden in der Intensität der Strombenützung dürfte die allfällige Festlegung gerechter Kriterien für eine Rationierung ein äusserst schwieriges Unterfangen werden. Bundesrat Ritschard hat zweifellos recht, wenn er deshalb vorerst Prioritäten bei der Stromversorgung festsetzen möchte.

Auch in Basel bleibt die Energiepolitik im Brennpunkt. Während die Atomkraftwerkgegner eine neue Volksinitiative lancieren wollen, haben sich die Regierungen der beiden Halbkantone über die «Voraussetzungen für die Ausarbeitung eines Leitbildes für die regionale Energiekonzeption» geeinigt. Ob allerdings mit dem mittlerweile schal gewordenen Begriff des «Leitbildes» noch gross Staat zu machen ist, dürfte sehr fraglich sein. Politische Entscheide – auch und gerade auf dem Energiesektor – können nicht durch Leitbilder ersetzt werden. Alfredo Fabbri

«Basler AZ», 5. September 1974

Wieder Rationierung vorbereiten

Die Vorbereitungen zur Stromrationierung sind ungewöhnlich, aber nicht erstmalig. Während des Zweiten Weltkrieges hatte man sich daran gewöhnt, dass das Drehen am Schalter in dem Moment nichts Selbstverständliches ist, wenn die Rohmaterialien rar werden. Seither sind auch in Friedenszeiten Beschränkungen notwendig geworden, aber aus anderen Gründen. Im Frühjahr 1963 zwang uns das negative Zusammenspiel des Wassermangels in den Bergen, der die Eigenproduktion von Elektrizität herabsetzte, und der Kohlenarbeiterstreik in Frankreich, durch den auch der Stromimport nicht mehr spielte, drastische Einschränkungen ins Auge zu fassen. Über das Mittel des Notrechts wurde damals vorgesehen, die Raumheizung zu untersagen, die Warmwasserzubereitung einzuschränken, und die Bahnen bereiteten Notfahrpläne vor.

Und nun zeichnen sich erneut Engpässe ab. Sie unterscheiden sich darin, dass sie einen gewissen Dauercharakter zu besitzen scheinen. Schon im August des vergangenen Jahres war von der Vorbereitung einer Stromrationierung die Rede gewesen, weil bei der kleinsten Unregelmässigkeit in der Eigenversorgung durch die Wasserkraftwerke oder im Import sich eine Notlage abzeichnet. Und wieder ist eine solche Präventivmassnahme nötig. Wir nähern uns eiligen Schrittes dem Tag, an dem wir uns nicht nur über Mehrproduktion, sondern auch über die Drosselung des Verbrauchs Gedanken werden machen müssen.

Die Details der nun geplanten Sparmassnahmen kennen wir noch nicht. Wir haben uns aber in Bern sagen lassen, dass eine lineare Kontingentierung nicht so zu verstehen sei, dass ein Privater bloss sein geheiztes Schwimmbad abzuschalten brauche, um seinen Beitrag geleistet zu haben. Bevor bei den Haushaltungen das «lineare Sparmass» gesetzt wird, werden gewisse stromfressende Luxuspositionen abgezogen, so dass bei einer Rationierung also mit einer einzigen Elle gemessen würde. Hans Tschäni

«Tages-Anzeiger», Zürich, 12. September 1974

Unklarheiten um die Strompanik

Der Bau von Kernkraftwerken wird gerade in jüngster Zeit mit der drohenden Knappheit an elektrischer Energie begründet und dementsprechend von den Befürwortern energisch gefordert. Auch offizielle und halboffizielle Verlautbarungen erwecken den Eindruck, als ob demnächst in der Schweiz die Lichter ausgehen und zahlreiche Motoren stillstehen müssten.

Die Angaben über Verbrauch und Erzeugung sind indessen ziemlich unklar, und es scheint – ausser einigen wenigen Leuten – niemanden zu geben, der wirklich über den Stand der Dinge so Auskunft zu geben vermag, dass sich der Staatsbürger von der tatsächlich vorliegenden Situation ein Bild zu machen vermöchte. Gemäss den Mitteilungen des Amtes für Energiewirtschaft weist die schweizerische Bilanz an elektrischer Energie für 1972/73 einen Ausfuhrüberschuss von 3240 Millionen kWh auf. Wie lässt sich das nun mit der beschworenen Stromknappheit in Einklang bringen? – Welches sind die Verpflichtungen der Schweiz im europäischen Verbundsystem? – Welches sind die Verpflichtungen ausländischer Energieerzeuger der Schweiz gegenüber? – Warum ist die Schweiz in der Lage, elektrischen Strom gerade zu jenen Zeiten zu exportieren, da auch im Inland Verbrauchsspitzen auftreten? – Wie verhält es sich bei den Angaben über den Füllungsgrad der Stauseen mit dem Einbezug des Stausees des jüngst fertiggestellten Wasserkraftwerks von Emosson, der ja noch gar nicht angefüllt ist?

«Basler Nachrichten», 19. September 1974

«Sündhafter» Energieverbrauch

Niemand kann die Tatsachen verneinen, dass unsere zuständigen Behörden recht bald die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Energie durch eine Rationierung verwirklichen müssen, da alle Appelle zur Einschränkung auch auf diesem Sektor eher ins Gegenteil ausarten. Auch im Bezirk Gäu wird in dieser Hinsicht gesündigt. Seit industrielle und private Neubauten hier wie Pilze nach dem Regenwetter sich vermehren, ist parallel damit das Bedürfnis vorhanden, dieses Wachstum auch nachts der Mitwelt zu zeigen. Wer z. B. nach Eintritt der Dunkelheit von Basel her aus dem Belchen-Strassentunnel kommt, wird von einem Lichtermeer geradezu geblendet. Ohne Übertreibung ist dieses Lichtermeer so intensiv und grossartig, dass unser Gäuer Ländli mit jeder Großstadt konkurrieren kann. Der einfache Mitbürger versteht einfach nicht, warum hier z. B. Grossbauten nachts taghell beleuchtet werden und warum auch längs der Zufahrtsstrassen Dutzende von Strassenlampen die Szenerie mitbeleuchten müssen, obwohl um diese Zeit in den Werken eigentlich niemand arbeitet und auch keine Lastwagen auf diesen Strassen zirkulieren. Bestimmt geht das alles ins Fach der Reklame und wird den stromliefernden Werken auch bezahlt. Niemand stösst sich an einem solchen Aufwand, solange die Elektrizitätswerke neue Kunden suchen. Wenn es aber betreffend Energieversorgung brenzelig wird, erwartet der einfache Mitbürger, dass bei einer eventuellen Rationierung zuerst hier gespart wird, bevor man z. B. der Hausfrau den Kochstromverbrauch kürzt oder die Familien zur Kerzenlichtbeleuchtung zwingt, usw.

Wer sich an den letzten Weltkrieg zurückerinnert, weiss auch, dass man sich damals auch in der totalen Verdunkelung der Strassen zurechtfand. Wir geben zu, dass die Behörden in Sachen Elektrizitätsverbrauch vor einer ungemein schwierigen Aufgabe stehen. Die Reklame hat auch hier das Volk geradezu zum Luxus erzogen und tut es auch heute noch. Wir sind deshalb gespannt auf die kommenden Weisungen und Erlasse im Sektor Elektrizität.

K. K. aus Oberbuchsiten

«Solothurner Zeitung», Solothurn, 17. September 1974
Rubrik «Der Leser hat das Wort»

Stromrationierung

Wenn bei einer allfälligen Stromrationierung auf den bisherigen Stromverbrauch abgestellt wird, so werden diejenigen bestraft, die bisher auf Abwaschmaschinen, Wäschetrockner, Farbfernseher usw. verzichtet haben und somit schon Energie gespart haben.

Wir schlagen deshalb vor, dass für jeden Haushalt eine nach der Anzahl Personen festgelegte Strommenge zum bisherigen Tarif abgegeben wird, ein allfälliger Mehrbezug aber zum zehnfachen Tarif.

R. R. Münsingen

«Der Bund», Bern, 19. September 1974

Drei Winter lang

sda. Ob eine Rationierung der elektrischen Energie schon im nächsten Winter nötig sein wird, ist nach Ansicht des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) im jetzigen Zeitpunkt noch ungewiss. Je nach der eine Rationierung auslösenden Ursache, dem erforderlichen Ausmass der Einschränkungen sowie auch der tageszeitlichen Verfügbarkeit der elektrischen Energie sind unterschiedliche Massnahmen vorgesehen: Kontingentierung des Stromverbrauchs aller Bezüger, Verbot von besonders stromintensiven, entbehrlichen Anwendungen, Einschränkung des Stromverbrauchs nur am Tage (bei allfälligen Importmöglichkeiten in der Nacht) und quartier- und regionalweise kurzzeitige Abschaltungen.

Unsere Stromversorgung wird, laut dem VSE, von fünf Faktoren massgeblich beeinflusst: Wasserführung der Flüsse und Füllungsgrad der Speicherbecken, Betriebsverhalten der thermischen Kraftwerke, Entwicklung des Stromverbrauchs, Verfügbarkeit anderer Energieträger und Stromaustausch mit dem Ausland. Am 9. September 1974 waren die Stauseen zu 89 % gefüllt, im Vorjahr waren es 95 %. Die thermischen Kraftwerke Vouvry, Beznau I und II und Mühleberg deckten im letzten Winterhalbjahr einen Viertel des Elektrizitätsbedarfs. Ein Ausfall der störanfälligeren thermischen Werke hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Versorgung. Der Stromverbrauch war im letzten Winter noch um 3,1 % gestiegen. Sollte Erdöl nochmals knapp werden, würde die Nachfrage nach der Elektrizität übermässig steigen. Nach dem VSE muss mit Einschränkungen der seit Jahren notwendigen Stromimporte gerechnet werden. «Auf jeden Fall wird in den drei kommenden Wintern die Stromversorgungslage unseres Landes prekär sein.»

«Freiburger Nachrichten», Freiburg, 12. September 1974

Stromrationierungsplan als Mahnung

Sr. Die offizielle Mitteilung vom letzten Mittwoch, der Bundesrat habe eine Aussprache über einen Vorentwurf des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements für einen dringlichen Bundesbeschluss über eine allfällige Stromrationierung durchgeführt, hätte eigentlich keine Überraschung bedeuten dürfen. Denn schon Bundesrat Bonvin hat bereits vor etlichen Jahren auf die immer stärker auseinanderklaffende Entwicklung von Verbrauch und Produktion elektrischer Energie hingewiesen und vorausschauend wiederholt angekündigt, dass bei Zuspitzung der Verhältnisse mit der Möglichkeit von Rationierungsmassnahmen gerechnet werden müsse. Tatsächlich hat er denn auch schon vor mehr als einem Jahr das Amt für Energiewirtschaft beauftragt, vorsorglich die Rationierung des Verbrauchs von elektrischer Energie vorzubereiten – welcher Auftrag auch im Geschäftsbericht des Bundesrates für 1973 festgehalten wurde.

Wenn der Bundesrat demnächst zu Handen der Bundesversammlung eine Dringlichkeitsvorlage für einen Ermächtigungsbeschluss verabschieden wird, der dem Bund die Kompetenz gibt, gesetzliche Bestimmungen über die Fortleitung und die Abgabe der elektrischen Energie zu erlassen, so ist dies denn auch – selbst abgesehen von der Kriegszeit – keineswegs der erste Ermächtigungsbeschluss für Massnahmen zur Stromrationierung. Denn auch im überaus strengen Winter 1962/63 mussten solche Massnahmen – allerdings verspätet – getroffen werden, als nicht nur praktisch alle Mittelland-Gewässer, sondern auch der Rhein während Wochen vereist war und die Zufuhren fester und flüssiger Brennstoffe stockten. Diesmal will man sich einfach nicht mehr so überraschen lassen wie damals.

Dazu kommt möglicherweise noch ein weiterer Faktor: Die im Gefolge der im Herbst 1973 ausgebrochenen Ölkrise teilweise massiv gestiegenen Heizölpreise könnten – zusammen mit der vergleichsweise allerdings nicht so stark ins Gewicht fallenden Erhöhung des Heizöls – zur Versuchung führen, teilweise auf die elektrische Raumheizung auszuweichen. Dies wäre dann nicht nur eine höchst unwirtschaftliche (und zudem auch teure) Übung – weil ja bekanntlich die Umwandlung von Elektrizität in Wärme physikalisch und energiepolitisch deren unrationellste Verwendungsart darstellt –, sondern sie könnte die Versorgungslage derart verschärfen, dass dann wirklich Rationierungsmassnahmen ergriffen werden müssten, die man sich sonst ersparen könnte. Es dürfte ja auch längst bekannt sein, dass wir (je nach Berechnungsart) zwei Drittel bis nahezu vier Fünftel des gesamten Energieverbrauchs für Zwecke der Wärmeerzeugung verwenden, so dass vor allem hier mit Sparmassnahmen einzusetzen wäre. Demgegenüber mutet z. B. der Elektrizitätsverbrauch des öffentlichen Verkehrs, also der Bahnen, mit nur etwas mehr als einem Zwanzigstel (5,5 %) sehr bescheiden an, und auch die Industrie eignet sich mit nur rund 18 % Elektrizitätsverbrauch für die Verknappung in keiner Weise als Sündenbock. Bei guter Wasserführung der Flüsse und nicht allzu kalter und trockener Witterung werden wir im kommenden Winter voraussichtlich noch ohne Stromrationierung durchkommen, obwohl sich der Elektrizitätsverbrauch im letzten Jahr um fast 2 Milliarden kWh oder 6,3 % – also deutlich mehr als das Bruttosozialprodukt – erhöht und die Verbrauchszunahme sich seither fortgesetzt hat. Bei ungünstiger Entwicklung könnten uns aber auch rund 1 Milliarde kWh fehlen – mit allen Folgen für Haushalte, Industrie und Gewerbe. So stellen die vom Bundesrat vorsorglich vorbereiteten Massnahmen primär eine Mahnung dar – und dies gleich in verschiedener Hinsicht. Einmal zur sparsamen Verwendung und zur Vermeidung jeglicher Verschwendung von Energie, dann zur weiteren Steigerung und Diversifikation der Energieproduktion bzw. -lieferung, und schliesslich zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Baues weiterer Kraftwerke nicht zuletzt an die Adresse

von Agglomerationen und Regionen, die zwar zu den Spitzenreitern im Pro-Kopf-Verbrauch von elektrischer Energie gehören, aber dem Kernkraftwerkbau opponieren.

Es ist nur die Frage, ob die Mahnung jetzt auch verstanden wird, oder ob wir die Folgen der Knappheit zuerst mehr oder weniger drastisch zu spüren bekommen müssen, bevor dies der Fall sein wird. *«Neue Zürcher Nachrichten», 7. September 1974*

Sollen wieder die Kleinen die Leidtragenden werden?

Seit einiger Zeit hört man: Strom werde rationiert. Bei Abendspaziergängen in verschiedenen Richtungen konnten wir uns selbst überzeugen, dass Strom (deutsch gesagt) versaut wird. Wir sahen verschiedene Grossbetriebe, die reinste Festbeleuchtung vorführten. Bei einem Betriebseingang sind die Lampen ziemlich dicht nebeneinander. Wenn zwei oder drei (lückenweise) ausgelöscht würden, wäre der Eingang bestimmt noch hell genug. Bei einem anderen Betrieb war das Treppenhaus voll beleuchtet. Dort wird meines Wissens gegen 21 Uhr nicht gearbeitet.

Die Schaufensterbeleuchtung und die vielen Leuchtschriften könnte man ziemlich reduzieren. Warum müssen denn auf unseren Autobahnen und Brücken beidseitig so viele Lampen brennen? Es wäre mit viel weniger auch noch hell genug, zudem haben die Autos ihre eigenen Lichter. Hier könnte man in der ganzen Schweiz sofort Millionen von Kilowatt einsparen. Also nicht warten bis fünf Minuten vor zwölf. Es ist bestimmt besser, ab sofort zu sparen, so dass keine Rationierung oder etwa gar zeitweise der Strom ausgeschaltet werden muss.

Ein geblendeter Abendbummler

«Basler AZ», 19. September 1974

Elektrizitätsversorgung und elektrische Raumheizung

In der Schweiz hat die Verwendung der elektrischen Energie für die Raumheizung bis vor wenigen Jahren eine ganz unbedeutende Rolle gespielt. Das hatte seinen Grund darin, dass die Elektrizitätswerke mit der Bewilligung von Anschlüssen für elektrische Vollheizungen sehr zurückhaltend waren. Der Verkauf elektrischer Raumheizenergie ist nämlich für die Stromlieferanten uninteressant, weil der Verbrauch ausserordentlich stark von der Witterung abhängt. Im Sommer wird überhaupt keine Heizenergie gebraucht, im Winter dagegen viel. An kalten Tagen treten plötzlich Verbrauchsspitzen auf, an milderen Tagen geht der Stromkonsum wieder stark zurück. Es lohnt sich daher auf keinen Fall, nur für die elektrische Raumheizung neue Kraftwerke zu bauen oder die Verteilnetze zu verstärken.

Nun fällt jedoch in jedem Stromversorgungsnetz mehr oder weniger Überschussenergie an. Da die Kraftwerke nicht nach Belieben an- und abgestellt werden können und man den produzierten Strom nicht auf Lager legen kann, sondern im Moment der Produktion auch verbrauchen muss, spricht man von sogenannten Schwachlastzeiten, in welchen ein Überangebot elektrischer Energie besteht. Solche Schwachlastzeiten treten in erster Linie nachts auf, wenn alle elektrischen Haushaltgeräte ausgeschaltet sind und auch in Industrie und Gewerbe nur wenig Energie verbraucht wird.

Da in den uns umgebenden Ländern die Struktur der Stromversorgung eine andere ist – Schwerindustrie, die auch nachts viel Strom braucht, thermische, mit Öl oder Kohle betriebene Kraftwerke, deren Leistung in Schwachlastzeiten leichter gedrosselt werden kann –, besteht die Möglichkeit, unsere Überschussenergie in diese Länder zu exportieren.

Durch den Bau von Kernkraftwerken ändert sich dieses Bild jedoch. Erstens wird das Angebot von Schwachlastenergie in unserem Land stark vergrössert, andererseits gleichen sich die Charakteristiken der Stromproduktion in den europäischen Ländern einander an, so dass die Schwachlastzeiten immer mehr synchronisiert werden, was sich auf die Stromexportmöglichkeiten negativ auswirkt.

Hier bietet sich nun die elektrische Raumheizung, und zwar in erster Linie die Nachtstrom-Speicherheizung, als willkommener Abnehmer von Schwachlastenergie an. Dies ist auch der Grund, warum viele Elektrizitätswerke in der Bewilligung von Heizungsanschlüssen in letzter Zeit wesentlich grosszügiger geworden sind.

Diese Zusammenhänge müssen dem Haus- oder Wohnungseigentümer, der sich den Einbau einer vollelektrischen Raumheizung überlegt, bekannt sein. Die in den nächsten zwei bis drei Jahren zu erwartende Stromknappheit bezieht sich in erster Linie auf die Verbrauchs-Spitzenzeiten. Die Schwachlastzeiten sind davon nicht oder nur wenig betroffen. 1970 betrug die nächtliche Überschussleistung durchschnittlich 2000 MW (Gesamtleistung der drei heute im Betrieb stehenden Kernkraftwerke etwa 1000 MW). Bis zum Jahr 2000 wird nach der von Fachleuten geschätzten Entwicklung das Schwachlast-Überangebot auf 5000 MW ansteigen. Diese Leistung würde genügen, um etwa 170 000 Wohnungen mit einer elektrischen Speicherheizung auszurüsten (angenommene Speicher-Ladeleistung pro Wohnung etwa 28 kW). Demgegenüber sind heute, wie der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke kürzlich veröffentlicht hat, nur rund 16 600 Wohn- und andere Bauobjekte elektrisch beheizt, mit einer Gesamtleistung von etwa 350 MW. Es steht also schon heute in den Schwachlastzeiten eine grosse Leistungsreserve zur Verfügung. Der Grund, warum viele Elektrizitätswerke dennoch mit Anschlussbewilligung für elektrische Raumheizungen zurückhalten müssen, liegt also nicht am Energieangebot, sondern im ungenügenden Ausbau der Verteilnetze. Ohne Zweifel spricht die zu erwartende Entwicklung der Stromversorgung für eine Anwendung der elektrischen Raumheizung in einem vernünftigen Rahmen. Überall dort, wo es der Netzausbau zulässt oder wo sich eine Verstärkung des Verteilnetzes lohnt, sollte deshalb die Möglichkeit der Heizung mit der umweltfreundlichen und bequemen elektrischen Energie geprüft werden. Heute werden in unserem Land noch nicht einmal 1 % aller Wohn- und Arbeitsräume elektrisch beheizt. Auf Grund der zu erwartenden Entwicklung der Stromversorgung läge eine Steigerung dieses Anteils auf 10 % im Rahmen des Möglichen und im Hinblick auf den Umweltschutz auch des Wünschbaren. Störi

«Die Tat», Zürich, 24. September 1974

Wir greifen heraus

Jetzt wissen wir es: Die Finanzierung der Kernkraftwerke wird von den Grossbanken und Energiekonzernen aus Profitgründen auf die kleinen Strombezüger abgewälzt. Herausgefunden hat dies das «SKW», das «Schweizerische Widerstandskomitee gegen den unverantwortlichen Bau von Kernkraftwerken». Indem die Kernkraftwerkgegner die Finanzierung attackieren, bringen sie ein neues Moment in die Diskussion, nachdem sie vorher insbesondere deren Sicherheit angezweifelt hatten. Über die Sicherheit von Kernkraftwerken kann man nun in guten Treuen geteilter Meinung sein. Ihre Finanzierung ist aber dieselbe wie diejenige für den Bau von Wasserkraftwerken: Es werden Anleihen aufgenommen und mit dem Geld wird dann ein Kraftwerk gebaut. In der Finanzierung fand überhaupt kein Wandel statt. Man merkt also die gesellschaftspolitische Absicht des «SKW» und ist verstimmt. Das «SKW» ist nicht bereit, auf die klassenkämpferischen Parolen zugunsten der durchaus vorhandenen wissenschaftlichen Argumente zu verzichten. Es ist daher zu bezweifeln, dass der neuen Vereinigung mit Hilfe des Stromes aus Kernkraftwerken ein Licht aufgeht.

«Die Tat», Zürich, 26. September 1974